

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Schwimmbäder nicht sterben lassen – marode Infrastruktur instand setzen, damit alle Kinder Schwimmen lernen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Sanierungsstau von knapp 1,8 Milliarden Euro endlich aufzulösen und unsere bayerischen Kommunen bei der Instandsetzung ihrer Schwimmbäder nicht länger alleinzulassen. Als erste Maßnahmen sind vorzunehmen:

- Eine Einberufung eines Bädergipfels. Im Dialog mit kommunalen Spitzenverbänden, Wasserrettungsorganisationen und Schwimmverbänden sind die grundlegenden Bedarfe abzufragen und Weichen für die Zukunft zu stellen. Dazu zählen auch energetische Konzepte, um durch Sanierungsmaßnahmen und eine Nutzung erneuerbarer Energiequellen die laufenden Betriebskosten dauerhaft zu reduzieren.
- Eine Verschlinkung der Förderkulisse und ein gezieltes Beratungsangebot des Freistaats Bayern, damit die Antragstellung für die Kommunen unbürokratischer vonstatten geht und Fördermittel nicht länger ungenutzt liegen bleiben.
- Eine insgesamt kraftvollere Finanzausstattung durch den Freistaat Bayern für seine Kommunen. Baumaßnahmen, die aus Kostengründen momentan aufgeschoben werden, sind angesichts von Inflation und Fachkräftemangel mittel- und langfristig kaum mehr zu realisieren. Ein weiteres Dahinwarten lässt den Investitionsbedarf anwachsen, hohe Unterhaltskosten – meist durch den Einsatz fossiler Energieträger verursacht – bringen Bayerns Kommunen zunehmend an ihre Belastungsgrenze.

Begründung:

Immer weniger Kinder in Bayern können sicher schwimmen. Wasserrettungsorganisation wie die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) oder die Wasserwacht schlagen seit Jahren Alarm. Als wesentliche Ursache für diesen besorgniserregenden Zustand benennen Expert*innen den schlechten Zustand der Schwimmbäder in Bayern. Dies bestätigt auch die Antwort der Staatsregierung auf eine Landtagsanfrage der Grünen (Drs. 18/17453):

867 Schwimmbäder im Freistaat befinden sich in öffentlicher Hand. 229 davon ordnen die Kommunen als sanierungsbedürftig, zusätzliche 223 Hallen- und Freibäder sogar als dringend sanierungsbedürftig ein. Mehr als die Hälfte der Bäder ist demnach von der Schließung bedroht. Immer mehr Kommunen fühlen sich vom Freistaat im Stich gelassen - auch weil Förderprogramme wie beispielsweise das Sonderförderprogramm Schwimmbadförderung (SPFS) dem Bedarf in keiner Weise gerecht werden. Einem Investitionsvolumen von knapp 1,8 Milliarden Euro stehen Fördermittel in einer Gesamthöhe von 120 Millionen Euro gegenüber. Wenig attraktive Fördersätze und hohe Auflagen bei der Antragstellung führen erschwerend dazu, dass der jährliche Bewilligungsrahmen von jeweils 20 Mio. Euro seit dem Start des Programms 2019 nicht ansatzweise ausgeschöpft wird (vgl. Drs. 18/26369).